

Bewährungsprobe

CDU-Landesvorsitzender und
Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Innenteil

Streit um Düngeverordnung S. 3
Fachkräfteeinwanderung S. 4
30 Jahre friedliche Revolution in
Zwickau S. 5

Vermischtes

**Zum Heraustrennen
und Verteilen! S. 7**
Landesvorsitzender
Klaus Leroff S. 8

Deutschlands größte Bewährungsprobe seit 1945

CDU Landesvorsitzender und Ministerpräsident Michael Kretschmer



Bild: CDU Sachsen

Die Corona-Pandemie ist die größte Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg. So etwas wie im März und April haben wir im Freistaat Sachsen noch nicht erlebt. Kitas und Schulen geschlossen, Kneipen und Restaurants zu, Ausgangsbeschränkungen und Besuchsverbote, hunderttausende Sachsen in Kurzarbeit – die Einschränkungen im täglichen Leben waren immens und die Auswirkungen werden uns noch lange begleiten.

Wir alle erinnern uns an die furchtbaren Bilder aus Bergamo, Madrid und später New York. Kranke Menschen, die auf Krankenhausfluren behandelt wurden. Mediziner, die

darüber entscheiden mussten, wer beatmet werden kann und wer nicht. Und Kolonnen von Leichenwagen, die die Verstorbenen abtransportierten.

Auch in Deutschland bestand im März ein großes Risiko, dass die Pandemie außer Kontrolle gerät. Wir alle wussten zu diesem Zeitpunkt wenig über die Übertragungswege, Schutzmaterial war knapp, die Infektionszahlen stiegen exponentiell. Nur durch das beherrzte Handeln von vielen Verantwortlichen und die Disziplin und Solidarität der Sächsischen und Sachsen ist es uns gelungen, einen Flächenbrand auszutreten.

Diese Krise hat uns weitgehend unvorbereitet getroffen. Daraus müssen wir für die Zukunft lernen. Die Lagerbestände und Produktionskapazitäten für Schutzausrüstung wurden ausgebaut und die intensivmedizinischen Kapazitäten hochgefahren. Darüber hinaus sind zahlreiche Studien angelaufen und haben teils erste Ergebnisse produziert, um das Virus besser verstehen und den Umgang mit selbigem besser organisieren zu können. Die Gefahr des Virus wird aber erst vollständig gebannt sein, wenn es einen sicheren und wirksamen Impfstoff gibt. Bis dahin brauchen wir weiterhin Disziplin und Geduld.

Seit dem 20. April gehen wir Schritt für Schritt in Richtung Normalität. Aus Ausgangs- wurden Kontaktbeschränkungen. Schulen und auch Kitas wurden wieder geöffnet. Gaststätten, Ferienwohnungen und Hotels können wieder Gäste empfangen. Die Menschen können wieder Sport treiben, sowohl im Fitnessstudio als auch im Verein. Theater, Museen, Kinos und Freibäder haben geöffnet. Auch wenn es noch immer keine Medikamente und keinen Impfstoff gibt, mit dem gewonnenen Wissen ist uns in den vergangenen Wochen gelungen, ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben mit dem Coronavirus zu organisieren.

Deutschlands größte Bewährungsprobe seit 1945

Wir wissen heute: 1,5 Meter und Mund-Nasen-Schutz reichen in aller Regel aus, um sich nicht anzustecken. Und Ansteckungen zu vermeiden, muss auch in Zukunft große Priorität genießen. Das gilt vor allem mit Blick auf die Risikogruppen und hier sind zuvorderst die Senioren zu nennen. Denn wir wissen auch: Die Wahrscheinlichkeit eines schweren Krankheitsverlauf bei Covid-19 steigt mit dem Lebensalter. Rund 85 Prozent aller Verstorbenen waren älter als 70 Jahren.

In den Wochen des exponentiellen Wachstums der Infektionszahlen war es richtig, dass die Schutzfunktion des Staates in den Vordergrund trat. Genauso richtig und notwendig ist es aber auch, das mit der rückläufigen Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Coronavirus zu infizieren, die Freiheit auf Grundlage eigenverantwortlichen Handelns wieder ins Zentrum rückt. Eigenverantwortung und Solidarität sind zentrale Eckpfeiler christdemokratischer Politik und staatliche Maßnahmen müssen immer verhältnismäßig sein.

Ich habe Verständnis für jeden, der Fragen hat oder Maßnahmen kritisch sieht. Es ist wichtig, dass man dies öffentlich auch auf Demonstrationen klar und deutlich artikulieren kann und dass wir darüber ins Gespräch kommen.

Aber ich habe kein Verständnis für Gewalt gegen Polizisten und Journalisten, für krude Verschwörungstheorien oder Populisten, die Ängste schüren. Ich denke dabei besonders an die Debatte über einen vermeintlichen Impfwang. Ich werde mich sehr gerne impfen lassen, sobald es einen Wirkstoff gibt.

Aber wer jetzt auf böartige Weise versucht, politisches Kapital aus der für viele schwierigen Situation zu schlagen, der meint es nicht gut mit unserem Land. Hier ist es auch unsere Aufgabe als Demokraten der Mit-

te, klare Kante zu zeigen und solchen Tendenzen entgegenzutreten.

Bund, Länder und Kommunen, aber auch darüber hinaus Krankenhäuser, Verbände, Gewerkschaften und viele Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft haben in dieser Krise auf eine Weise zusammengearbeitet und zusammengehalten, die Deutschland vor Schlimmerem bewahrt hat. Und auch der Föderalismus hat sich in dieser Krise als Erfolgsmodell bewährt.

Noch nie zuvor haben wir uns mit den anderen Bundesländern so oft und so eng abgestimmt. Wir haben schnell und entschieden gehandelt und regionale Besonderheiten berücksichtigt. Auch deshalb schauen in diesen Zeiten viele andere Länder mit Respekt nach Deutschland.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie soweit es geht abzufedern und die Grundlage für konjunkturbelebende Maßnahmen zu legen. Denn gerade für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Unternehmen und Selbstständige war und ist die derzeitige Situation außerordentlich schwierig.

Vielen Menschen im Land machen sich Sorgen, wie es für sie und ihre Familien weitergehen soll. Als Frei-

staat haben wir uns durch die Möglichkeit zur Kreditaufnahme von bis zu 6 Milliarden Euro den nötigen Spielraum gegeben, um helfen und Impulse setzen zu können.

Nicht alles werden wir in Sachsen und Deutschland klären können. Die Pandemie hat weltweit die Volkswirtschaften getroffen und damit auch Auswirkungen auf die Lieferketten und Absatzmärkte deutscher Unternehmen.

Wir brauchen deshalb ein international abgestimmtes Vorgehen, damit es wirtschaftlich wieder bergauf geht. Gerade wir Europäer müssen noch enger zusammenhalten. Für uns Sachsen war es selbstverständlich, dass wir italienische und französische Patienten bei uns behandelt haben. Ebenso selbstverständlich war es, dass wir uns eng mit unseren tschechischen und polnischen Freunden abgestimmt und mit Labortests geholfen haben. Dieses Miteinander macht uns stark.

Wir Sachsen mussten schon mit vielen Herausforderungen umgehen und haben sie erfolgreich gemeistert. Wenn wir weiter zusammenhalten und mit Maß und Mitte agieren, werden wir auch diese schwierige Zeit gemeinsam durchstehen.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!



Bild: CDU-Sachsen

Der Streit um die Düngeverordnung

von Georg-Ludwig von Breitenbuch MdL



Wikipedia schreibt: Im Jahr 2007 gab es in der Bundesrepublik 374.500 landwirtschaftliche Betriebe mit 1,25 Millionen Personen haupt- oder nebenberuflich beschäftigt, was 530.000 Vollzeit-Arbeitsplätzen entsprach. Insgesamt wurden 16,9 Millionen ha Boden landwirtschaftlich genutzt (das sind ca. 47,4 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands). Bild: Pixabay

Sachsen ist nach 1990 agrarpolitisch einen eigenen Weg gegangen. Wer durch unsere Dörfer und Landschaften fährt sieht eine vielfältige Agrarstruktur und leistungsstarke Betriebe jeder Größe.

Bauern gelten jetzt in der Corona-Krise wieder als systemrelevant, die Achtung gegenüber der Urproduktion ist gestiegen – **nachdem über viele Monate die Landwirtschaft einseitig diffamiert wurde. Das hat viele Landwirte schwer enttäuscht**, sie haben grüne Kreuze auf ihre Felder gestellt oder sind mit Traktoren nach Leipzig und Dresden, Chemnitz und Görlitz, gar Berlin gefahren. Die Preise in den Supermärkten hat das nicht verändert.



Die Kette der Themen ist lang, die zu dieser Unzufriedenheit auf

den Höfen geführt hat. Der Strukturwandel in den Betrieben ist unübersehbar, die außerhalb von Nischen mit großen Erntemengen und unter großem Kostendruck wirtschaften. Die Politik hat hierbei immer wieder eingegriffen.

Mit der Förderung nachwachsender Rohstoffe oder den Aufbau von Biogasanlagen, mit EU-Agrarreformen oder beispielsweise mit der Abschaffung von Milch- oder Zuckerquoten.

Die Veränderung von Standards wie in der Tierhaltung hat die Produktion verteuert. Gleichzeitig hat sich die negative Berichterstattung so verstärkt, dass Landwirte nicht mehr sicher sind, in eine neue Maschine oder neue Ställe zu investieren oder gar den Kindern die Hofnachfolge empfehlen zu können.

In den vergangenen Monaten ging es um die Umsetzung der Düngeverordnung. Eine Vorgabe der EU wurde über lange Zeit in Deutschland zwischen Agrar- und Umweltpolitik innerhalb der CDU-SPD-Koalitionen nicht geeint, stattdessen mit unterschiedlichen Meinungen in Brüssel agiert. **Kernpunkt ist die Forderung, das Nitrat im Grundwasser zu vermindern** und bei der Landwirtschaft anzusetzen,

obwohl es auch andere Eintragsquellen gibt. Messstellen, deren Zahl und Aussagekraft sind zweifelhaft.

Die Betriebe haben schon 2017 den Umgang mit Nitrat einschränken müssen; ohne die Ergebnisse auszuwerten, kommt nun die nächste Verschärfung. Manche Betriebe liegen nun in sogenannten Roten Gebieten und müssen 20 % Düngemenge weglassen, was sich auf die Erträge und auch das Vermögen der Landverpächter auswirkt. Hinzu kommen Erschwernisse mit organischem Dünger, was die Tierhaltung trifft, sowie im Hügel- und Bergland. Dagegen haben die Landwirte schon lange Erfahrung in Wasserschutzgebieten und mit schlaggenauer Düngerbilanzierung gesammelt - und wissen darum, dass in einem fruchtbaren Boden eine gewisse Menge Nitrat vorhanden sein muss.

Mit der Entscheidung im Bundesrat ist die Düngeverordnung in der vollen Verschärfung beschlossen. Die Landwirte haben sich jetzt für die notwendigen Feldarbeiten in die Betriebe zurückgezogen, **die Enttäuschung über die unfachliche und teilweise ideologisch geführte Debatte und politische Entscheidung ist groß.**



Mit drei Bauernversammlungen in Zwönitz, Grimma und Schmochtitz hat die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag klar für die Anliegen der Bauern Stellung bezogen und versprochen, das Messstellennetz in Sachsen genau zu überprüfen. Hier sehen wir die Möglichkeit, Fehler auszugleichen und ein Verständnis füreinander zu erarbeiten.

Der Weg ist schwer, aber Eingriffe in Eigentum und langfristige Strukturen müssen von der Politik mit größerer Sorgfalt erlangt werden, als das mit der Düngeverordnung passiert ist.

Fachkräfteeinwanderung:

Königsweg zum Wohlstand oder Irrweg ohne klare Sicht und Kompass?



von Dr. Georg Böhme-Korn
stellv. Landesvorsitzender

Es braust ein Ruf wie Donnerhall durch die deutschen Lande: **Nachhaltigkeit** sei das Gebot der Stunde, müsse Maßstab sein für alle Politik.

Ein Wort, so selbstlos und der Zukunft zugewandt, dennoch so heimlich und kuschelig, mit dem Duft des deutschen Waldes, dem Geschmack von Bio-Gemüse und dem Gefühl, mit dem Drahtesel unterwegs zu sein - da wollen doch fast alle Hüter sein. Nachhaltigkeit, das Zauberwort, das nahezu alle Politik hinter sich vereinen kann.

So jedenfalls die Theorie, doch grau, lieber Freund .. , - na, Sie wissen schon. Wenn's praktisch werden soll, kann's holpern. So auch in diesem Fall:

Alle Theorie ist grau

Das „**Fachkräfteeinwanderungsgesetz**“, ab 1. März soll es nun wirken.

Endlich, meinen Viele. Schon seit Jahren schwillt der Ruf nach Fachkräfteeinwanderung – nichts Geringeres als die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland stehe auf dem Spiel, Heimat der Dichter und Denker, weniger der Gesellen, Handwerker und Pflegekräfte. So tönte Anfang 2019, kurz nach

dem Kabinettsbeschluss zum Gesetzesentwurf, eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung: „*Deutschland hat bis 2060 einen jährlichen Einwanderungsbedarf von mindestens 260.000 Menschen*“. Also: brain drain aus dem Rest der Welt als Vorbote weltweit wünschenswerter Freizügigkeit, Symbol für die Weltoffenheit unseres Vaterlands, für Jedermann ein Segen? Da bin ich mehr als skeptisch.

Zunächst ein Blick ins Heute:

Vorhersage des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2000 für 2020: Einwohner in Deutschland zwischen 78,8 und 80,3 Mio (bei 100 000 bzw. 200 000 Zuwanderern pro Jahr). Aktuell: 83,1 Mio. also Millionen mehr, Arbeitnehmerfreizügigkeit für 450 Mio. Europäer. Dennoch zu wenig Potenzial für Mangelberufe in Deutschland??? Dann - mein ständiges Petitum in der Politik – weiter in die Zukunft denken!

Weiter in die Zukunft denken!

Zuwanderer bringen Familien mit, sie brauchen Wohnungen, sie brauchen Kita-Plätze, sie brauchen Schulen, brauchen Dienstleistungen und Handwerker, brauchen auch mal ärztliche Betreuung, werden alt und brauchen Pflege – erzeugen also zusätzlichen Bedarf. Und: wenig wahrscheinlich, dass Berufswünsche ihrer Kinder sich sehr von deutschen Kindern unterscheiden – Mangelberufe bleiben Mangelberufe. Ergebnis: wir brauchen wieder Zuwanderung. Und nach wenigen Jahrzehnten hat sich die Bevölkerung verdoppelt – aber nach wie vor; wir brauchen Zuwanderung.

Da sind noch gar nicht angesprochen die Probleme in den Herkunftsländern – 1000 Informatiker aus Indien – kaum ein Problem. 1000 Ärzte aus

Ghana – nahe einer Katastrophe. Dazu im Einwanderungsgesetz nur eine ganz bescheidene Verordnungsermächtigung für ein Bundesministerium: Die Versagung einer Blauen Karte kann bestimmt werden, „wenn im Herkunftsland ein Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern in diesen Berufsgruppen besteht“.

Reicht das?

Der Bundestag hat dabei nichts zu sagen, ob das Auswärtige Amt einbezogen werden muss, ist ungewiss, Reicht das??? Ende Februar las ich, dass Serbien keine Pflegekräfte mehr nach Deutschland schicken will. Was Entwicklungszusammenarbeit aufbauen will, kann mit solch einem Gesetz wieder eingerissen werden. Und außerdem: Passt das zum Geist der Brüderlichkeit, den auch die Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fordert?

Ich habe meinen Bundestagsabgeordneten schon kurz nach dem Kabinettsbeschluss meine schweren Bedenken mitgeteilt – natürlich ohne irgendwelche Illusionen. Die Politik denkt vornehmlich in kurzen Zeiträumen – weil das auch die Wähler ganz überwiegend tun. Kurzfristige Wohltaten für Interessengruppen – weit wirkungsvoller für das nächste Wahlergebnis als ein Denken orientiert an fairen Grundsätzen und langfristigen Wirkungen. Will man aber ernsthaft nachhaltige Lösungen finden, muss man fragen:

Was stimmt da nicht?

Was stimmt denn da **in Deutschland** nicht? Ich meine: **Mehr Attraktivität für Mangelberufe durch marktgerechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung wären ein fairer und systemgerechter Weg**, allerdings, ich räume ein, auch ein weitaus unbequemerer. Manche Leistungen würden deutlich teurer, hier und da gingen Teile der Wert-

Dr. Georg Böhme-Korn

schöpfung ins Ausland, und vor allem: **Man müsste ernstlich daran gehen, das insgesamt begrenzte Budget für Sozialleistungen, ob beitrags- oder steuerfinanziert, nach vernünftigen Prioritäten aufzuteilen.** Etwa: sind „Elterngeld plus“, ein 365-Euro-Ticket oder kostenfreie Kitas wirklich wichtiger, als Pflegekräfte marktgerecht zu bezahlen und damit zu gewinnen? Aber auch: Sollten private Krankenkassen nicht einen Solidaritätsbeitrag für die gesetzlichen leisten, die ja beitragschwache Mitglieder kräftig subventionieren? Da geht es um Milliarden, und mächtige Interessengruppen werden alles tun, um Neubewertungen zu verhindern. Wohl nur in einer großen Koalition bei gewaltigem Problemdruck oder auch gar nicht durchzusetzen. Doch **wer nachhaltige Politik will, muss sich solchen Fragen stellen.**

Dass ich nicht missverstanden werde: Arbeitsmigration gehört seit Jahrhunderten zur Welt, hat zum Fortschritt beigetragen – gerade auch in Sachsen. Und auch heute hat sie ihre Berechtigung. In der Welt von heute allerdings muss sie so gesteuert werden, dass sie **nicht zusätzliche Konflikte und Probleme schafft, sondern allen Seiten nützt: den Herkunftsländern, den Zielländern und auch den Migranten.** Aus meiner Sicht, so schrieb ich schon 2015 meinen Bundesparteitagsdelegierten, sind dazu zwischenstaatliche Verträge besser geeignet als schlicht eigennützige Gesetze.

Irrwege klar benennen

Aber, wie gesagt, ich bin da ohne Illusionen. Doch politische Verantwortung heißt auch, Irrwege klar zu benennen. Ich wünsche mir eine Politik mit Deutschland und der ganzen Welt im Blick und mit fairen Grundsätzen für das konkrete Handeln. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz aber hat damit wenig zu tun – und gleich gar nichts mit Nachhaltigkeit, der wir uns mit schönen Worten ach so oft verpflichten.

G. Böhme-Korn

30 Jahre friedliche Revolution in Zwickau

von Thomas Pietzsch

Wir, die Senioren des KV- Südwestsachsen, haben im 30. Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution im Rahmen einer Veranstaltung der Anfänge der Wiedergründung des Freistaates Sachsen gedacht. Dazu hatte die Seniorenunion KV-Zwickau Ende 2019 den ehemaligen OB Dietmar Vettermann zu Gast. Rund 30 Mitglieder und Gäste waren zu seinem Vortrag erschienen und folgten seinen persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsrückblicken mit großer Aufmerksamkeit.

Dazu haben wir uns vor allem an die Männer und Frauen in unserer Region erinnert, die sich damals mit viel persönlichem Engagement daran beteiligten.

Mit Dietmar Vettermann und seiner Frau Birgitt erlebten wir gemeinsam, mit so manchem Schmunzeln, wie sie die ersten Wochen und Jahre des Aufbaues erlebten.

Ja es waren die jetzigen Senioren des KV `s die aktiv ihren Beitrag zum Gelingen der friedlichen Revolution beigetragen haben. An vorderster Front haben wir mit viel Neugier und Hingabe an dieser Aufgabe gearbeitet. Der entscheidende Punkt war, dass alle Mitstreiter Menschen wie du und ich waren. Jede und jeder hatte, mit den unterschiedlichsten praktischen Erfahrungen ausgestattet, seinen persönlichen Beitrag geleistet.

Unter dem Dach der Kirchen kam es zu vielen Begegnungen, die vom festen Willen geprägt waren mit unserem christlichen Wertekompass diese Chance zu ergreifen. Gerade die Vertreter der unterschiedlichsten Konfessionen waren es, die mit synodaler Erfahrung ausgestattet den Erfolg der friedlichen Revolution sichern konnten.

Alt OB Dietmar Vettermann konnte gerade als Bauingenieur auf diesen Bereich zum Gelingen beitragen. Geleitet mit dem immer dafür notwendigen Gottvertrauen hat er manche Hürde gemeistert. Es waren recht arbeitsintensive Jahre mit viel leidenschaftlichem Engagement die vor allem geprägt waren von dem Willen die 40 Jahre Linksdictatur aufzuarbeiten.

Eine besondere Hilfe waren dabei die vielen Begegnungen mit Partnerkreisverbänden der CDU in Dortmund und

der CSU Bayreuth.

Mit seinem Verständnis von lebendiger Demokratie hatte er nicht immer die ungeteilte Zustimmung erfahren. Gerade im Amt als Baudezernent und als Finanzdezernent war er in der Auseinandersetzung mit den „Altkadern“ meist auf sich allein gestellt.

Manch lustige Begebenheit an die er mit seiner humoristischen Ader erinnerte, trug zur allgemeinen Erheiterung bei.

Dabei wurde aber auch deutlich, was in der damaligen Orientierungsphase politisch und menschlich für Hervorragendes von den Quereinsteigern geleistet wurde.



Die Vettermann`s sind nach ihrem Weggang aus Zwickau nach Dänemark auf die Insel Aøer immer gern wieder in der alten Heimat, sei es zu Besuch bei der reichlichen Kinder- und Enkelschar oder um bei Festveranstaltungen in Zwickau als Ehrengast mit dabei zu sein.

Seine neue Aufgabe auf der Insel ist neben dem Orgelspiel in den 7 Kirchen der Insel auch die ehrenamtliche Mitarbeit in der kommunalen Vertretung der Insel. Als dann zum Schluss unserer Veranstaltung Herr Vettermann sich ans Klavier setzte und unser traditionelles gemeinsames Liedersingen noch musikalisch untermalte, wurde er mit großem Beifall bedacht.

Wir waren am Ende der Veranstaltung dankbar für die schönen Erinnerungen an die Zeit des Wirkens von Alt OB Vettermann. Sein Besuch bei uns war eine gelungene Veranstaltung und unsere Vorsitzende Pia Langbein, bedankte sich in unser aller Namen bei ihm mit einem Erinnerungspräsent an Zwickau. Für die Zukunft wünschen wir alles Gute und Gottes reichen Segen.

Thomas Pietzsch
im Namen des KV - Zwickau

Unzumutbare Einschränkungen durch Corona??



Dr. Karl Placht
Stellv. SU-Vorsitzender Leipzig

Aus aktuellem Anlass muss ich heute (9. Mai 2020) einige Gedanken zum Kriegsende vor 75 Jahren, den Beginn der Vertreibung im Mai/Juni 1945 und der gegenwärtigen „Einschränkungen der persönlichen Grundrechte“ durch die Corona Pandemie los werden. Mich hat eine Veranstaltung in Stuttgart, die Anfang Mai stattgefunden hat und auf der gegen die Einschränkungen von Grundrechten infolge der Corona Pandemie protestiert wurde, sehr betroffen gemacht.

Mit dem 8. Mai 1945 ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands am Ende des 2. Weltkrieges verbunden, in deren Folge die Vertreibung von mehr als 15 Millionen Deutschen aus Jugoslawien, Polen, Ungarn und Tschechoslowakei erfolgte.

Wir, d.h. meine Mutter und ich, wurden am 20. Juli 1945 vertrieben und kamen über das Lager in Tschirnitz am 22. Juli nach Sachsen.

Die Potsdamer Konferenz dauerte vom 17. Juli bis zum 2. August 1945. In der 2. Phase dieser Konferenz wurde auch über die „Überführung der deutschen Bevölkerung“ (Vertreibung) entschieden. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 heißt es eingangs:

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die

Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: ... Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Das erfolgte zumindest so in unserer Heimat nicht. Über die vielen Übergriffe auf Deutsche und ihrer Drangsalierung ist schon sehr oft ... berichtet worden.

Wie ging es mit uns im Sommer 1945 weiter. Wir kamen 3 Wochen nach der Vertreibung in Dittmannsdorf, einem kleinen Dorf südlich von Leipzig, unter. Ich war zur Zeit der Vertreibung knapp 5 Jahre alt. Obwohl ich damals sehr jung war, sind mir heute immer noch Stationen der Vertreibung gegenwärtig. Wie bei vielen unserer Mitvertriebenen hatten wir auch keinen Kontakt zu meinem Vater. Suchanzeigen über das Rote Kreuz brachten uns erst im September 1947 seine Adresse. Schließlich wurde er im Oktober 1948 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Bis dahin durfte mein Vater einmal im Monat eine kleine Karte an uns schreiben.

Unser Erleben ist sicherlich ein Einzelschicksal, man soll aber bedenken, dass dieses Los viele Familien in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg betroffen hat. Manche wissen auch heute noch nicht, welches Schicksal ihre Angehörigen in dieser Zeit nach dem Krieg erlitten hatten.

Ich schildere diesen Zeitablauf aus der Betroffenheit über die Proteste gegen die Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung der Corona Infektionen. Unter den heutigen Bedingungen der Informationstechnologien sind die beschriebenen „Kontakte“ zu meinem Vater unwahrscheinlich. Es steht

außer Zweifel, dass viele Mitmenschen während des Verlaufes der Corona Pandemie unter Einschränkungen leben müssen und das nicht als besonders gut empfinden. Uns ältere Menschen, die berechtigter Weise als Risikogruppe eingestuft werden, betrifft das besonders.

Risikogruppen hart betroffen

Im Unterschied zur damaligen Zeit nach dem 2. Weltkrieg kann man aber nicht davon sprechen, dass wir heute keine Kontakte zu unseren Angehörigen und Freunden herstellen können. Telefon, Internet und die sozialen Dienste ermöglichen das. In der eingangs angeführten Veranstaltung hat ein Rechtsanwalt sich darüber beklagt, dass er seine Tochter auf Mallorca gegenwärtig wegen geschlossener Grenzen nicht besuchen darf. Die Teilnehmer an diesem Protest jubelten ihm bei seiner Forderung nach sofortiger Streichung der Sicherheitsmaßnahmen insbesondere der Grenzsicherungen kräftig zu. Dieser Rechtsanwalt ist im Vergleich mit uns Senioren noch recht jung. Ich kann mir nicht vorstellen dass er nicht die sogenannten „Neuen Medien“ nutzt, um mit seiner Tochter Kontakt zu halten. Die während der Corona Pandemie anfangs besonders hervorgehobene Solidarität unter der Bevölkerung scheint bei vielen Menschen unseres Landes schon jetzt nicht mehr existent zu sein. Sie kennen offensichtlich nicht die Geschichte.

Schon in der Bibel im 5. Buch Mose 32,7 steht geschrieben:

„Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte!“ Diesen Spruch sollte sich so mancher zu Eigen machen.

Bleibt schön gesund ...

Mit freundlicher Genehmigung von Dr. Karl Placht. Stark gekürzter Text seines Beitrages für die Heimatzeitung "Kaadner Heimatbrief"

Hinweise für Senioren



Betrüger trotz Corona-Krise unterwegs

Wir fühlen uns verpflichtet, unsere älteren Mitbürger zu informieren, dass auch bei der gegenwärtigen Corona-Pandemie alle möglichen Scharlatane und Betrüger uns Senioren ausnutzen und aufs Kreuz zu legen versuchen. Unser stellvertretender Landesvorsitzender Konrad Riedel, der in Leipzig auch als Seniorensicherheitsberater tätig ist, schreibt dazu folgendes:

Vorsicht vor Betrug im Zusammenhang mit Corona

Leider nutzen Betrüger die Coronakrise vermehrt für Betrugsversuche, insbesondere bei älteren Mitbürgern. Deshalb bitten wir Sie um **äußerste Vorsicht bei Angeboten an der Wohnungstür, am Telefon, den neuen sozialen Medien und auch im Internet.**

Der uralte Enkeltrick wird wieder angewendet - ein naher Verwandter sei erkrankt und brauche dringend Geld. Oder bei einem durch Corona hervorgerufenen Notstand wird dringend zur Überbrückung Geld gebraucht. In einem solchen Fall rufen Sie selbst bei dem betreffenden Verwandten bzw. Bekannten telefonisch zurück.

Deshalb größte Vorsicht bei allen Geldforderungen.

Ein anderer Trick ist, dass man sich als Mitarbeiter des Gesundheitsamtes ausgibt und Coronatests bzw. Coronakontrollen zu Hause für hohe Summen anbietet.

Lassen Sie sich nicht auf solche Angebote ein.

In einem solchen Fall fragen Sie ihren Hausarzt und verständigen Sie auf jeden Fall das zuständige Polizeirevier. Nur so kann man den Betrügern auf die Spur kommen und sie unwirksam machen.

Im Internet existieren Angebote für Coronatests, Schutzmasken und -kleidung. Die Angebote sind zum Teil mit horrenden Preisen und ohne Zertifikat für ihre Wirksamkeit verbunden. Ganz wichtig: Preisvergleich!

Auch hierbei ist größte Vorsicht geboten.

Vor allem im Internet und den sozialen Medien (Facebook usw.) bieten Betrüger unter Nutzung des Namens real existierender Unternehmen ihre Dienste und Waren an. Beim Anklicken des Links werden sie auf die Betrugsseiten geleitet. **Emails zum sog. abgleichen oder verifizieren Ihrer persönlichen Daten** (Bankdaten oder persönl. Zugangsdaten) sind ebenfalls vermehrt im Umlauf.

Teilweise wird die Einschränkung oder Sperrung ihres Kontos bzw. von Dienstleistungen (z.B. bei PayPal oder Ihr Emailaccount, Bankkonto) angedroht. **Diese Unternehmen bzw. Banken fordern niemals Benutzernamen und Passwort per Email an, schon gar nicht werden TAN oder PIN angefordert.**

Auch Ihre Wohnung auf Weisung des Gesundheitsamtes desinfizieren oder überprüfen zu lassen, kann ein Versuch sein, in Ihre Wohnung zu gelangen. Fragen Sie unbedingt sofort telefonisch beim Gesundheitsamt ihres Landkreises oder ihrer Stadt-/Gemeindeverwaltung nach.

Wichtig ist, dass Sie die Telefonnummern - auch die der zu informierenden Polizei - selbst wählen.

Lassen Sie sich nicht verbinden, denn das ist eine Falle.

Bleiben Sie wachsam, damit sie gesund und ohne materiellen Schaden durch die Krise kommen.

gez. Konrad Riedel
Stellv. Landesvorsitzender der Senioren-Union
Stadtrat und Seniorensicherheitsberater in Leipzig

Schwierige Zeiten



Klaus Leroff, Vorsitzender der
Senioren-Union Sachsen

Guten Tag liebe Freunde,

es sind schwierige Zeiten. Viele Meinungen in den Medien und häufig ist man schon „genervt“ mit dem Thema Covid-19 (Corona). Es scheint kaum mehr andere Probleme und Aufgaben in der Politik zu geben. Dies scheint mir falsch zu sein, denn zum Einen ist es nicht so und zum Anderen stehen genügend Aufgaben vor uns, die es zu lösen gilt. Ob es das schnelle Internet ist, der Umweltschutz, die innere Sicherheit und vieles mehr.

Mir scheint es so, dass die Flut von Informationen mehr verwirrt als hilfreich ist. Es gibt viele Äußerungen zu dem Thema, die sich teilweise widersprechen und insbesondere ältere Menschen sehr verunsichern.

Keine Frage, die getroffenen Maßnahmen sind erforderlich, sie sollten nur zielgenauer erfolgen. Warum darf eine Gaststätte seinen Außenbereich nicht nutzen? Wäre doch oft genug Platz, Abstand zu halten. Das desinfizieren von Händen ist auch kein Problem und die Maskenpflicht auch nicht. Es lässt sich trefflich diskutieren, aber es muss schrittweise wieder Normalität beginnen, was in Sachsen versucht wird auch in Abstimmungen mit anderen Bundesländern.

Wir müssen darauf achten, dass die Freiheit des Einzelnen nur soweit eingeschränkt werden sollte, wie es die Freiheit des Anderen einschränkt, also gegenseitige Rücksichtnahme.

Es sollte mehr diskutiert werden miteinander und die Anregungen vieler auch in die politischen Überlegungen einfließen.

Daher würde es die Senioren-Union Sachsen freuen, wenn Sie Ihre Gedanken und Überlegungen uns mitteilen. Machen Sie Vorschläge wie es anders, besser oder gar sinnvoller erfolgen sollte, mit dem Virus zu leben.

Was mich beschäftigt ist die Tatsache, dass in 2013 man schon ein Gutachten hat machen lassen, dass eine solche Situation aufzeigt. Warum gibt es nicht genügend Masken? Warum haben wir keine Produktion in Deutschland? Warum sind die vielen Fachleute in den Verwaltungen nicht auf eine solche Situation vorbereitet?

Wir hatten schon solche Situationen SARS, Influenza, Masern u.a.m. Sicher nicht ein solch aggressiver Virus, aber auch die genannten gefährdeten Menschenleben.

Die Hoffnung, die ich habe, ist, dass Politik und Wirtschaft aus dieser Krise lernen und vor allem Konsequenzen ziehen.

Die Solidarität, die es überall gibt, ist gut und zeigt, dass man zusammenhält. Aber es muss auch gelten, dass der Einzelne seine Freiheit nur hat, wenn alle ihre Freiheit behalten. Dies heißt Rücksichtnahme, Respekt und Anteilnahme an dem, was dem Nächsten wiederfährt.

Ein gutes Beispiel ist Taiwan, dort hat man aus anderen Fällen gelernt. Denn anders als bei uns, hat man konsequent den Flugverkehr eingeschränkt, Einreisende von Beginn an in Quarantäne geschickt und sichergestellt, dass man eine eigene Produktion der notwendigen Hilfsmittel im Land hatte.

bleiben Sie gesund und helfen Sie mit, diese Situation zu meistern. Der Politik und den Medien kann man nur zurufen, neben diesem Thema die Weltpolitik, die Geschehnisse dieser Welt nicht unter „Corona“ zuzudecken.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Klaus Leroff

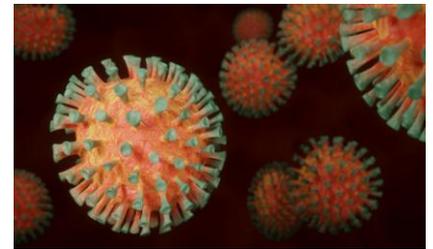
Terminübersicht Veranstaltungen

Vorübergehende Absage aller geplanten Termine

Aufgrund der Corona-Pandemie sind vorübergehend alle geplanten Termine der Senioren-Union (SU) in Deutschland, Sachsen und in den Kreis- bzw. Regionalverbänden abgesagt.

Als Freunde und Mitglieder der Senioren-Union erhalten Sie die Einladung zur nächsten Veranstaltung von Ihrem Kreisverband, sobald das gefahrlos für Sie wieder möglich ist.

SARS-CoV-19



**bleiben
oder werden Sie gesund**

Corona und kein Ende in Sicht

Die Erkenntnisse und Entwicklungen rund um die Corona-Pandemie in der Welt, Europa, Deutschland und auch Sachsen sind extrem dynamisch.

Gestern noch sicher Geglaubtes wird heute vollkommen anders bewertet und gesehen. Ständig lernen Wissenschaftler und auch die Politik Neues dazu.

In der Hoffnung, dass die zweite Welle der Infektionen beherrschbar bleibt, wünschen wir Ihnen und Ihren Lieben viel Gesundheit und Zweisicht.

Bitte beachten Sie die Tagespresse bzw. seriöse Medien.

Ihr Landesvorstand der Senioren-Union

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union Landesverband Sachsen, vertreten durch den Vorsitzenden Klaus Leroff
Fetscherstraße 32/34, 01307 Dresden

Tel. 0351 - 44917-26, Fax 0351 - 44917-60, e-Mail: senioren-union@cdu-sachsen.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder, sie sind keine offiziellen Verlautbarungen der Senioren-Union Sachsen. * Die kostenlose Mitgliederzeitschrift erscheint viermal jährlich.

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT

